



27.03.2007

<http://www.zdf.de/ZDFde/inhalt/16/0,1872,5257520,00.html>

Frontal21 am 27. März 2007

Kniefall vor der Tabaklobby

Wie das Rauchverbot scheiterte



Nicht überall in Deutschland ist das Rauchen künftig erlaubt.

von *Thomas Reichart, Ulrich Stoll und Iris Wohsmann*

Sie können stolz auf sich sein, die Lobbyisten der Tabakindustrie. Das aus ihrer Sicht Schlimmste konnte verhindert werden, denn ein generelles Rauchverbot in öffentlichen Einrichtungen und Gaststätten wird es in Deutschland nicht geben. Stattdessen einigten sich die Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer am vergangenen Donnerstag darauf, Ausnahmeregelungen in der Gastronomie zuzulassen.

Damit erteilten sie dem umfassenden, bundeseinheitlichen Nichtraucherschutz eine Absage - ganz im Sinne der Tabakindustrie. Ein föderaler Flickenteppich, eine Art kleinstaatliche Qualmerei sei die Folge, so Kritiker und werten die Entscheidung als Sieg der Tabak-Lobby.



Wolfgang Bosbach (CDU) auf dem Weg zur Preisverleihung.

"Ein Journalist lässt sich nicht kaufen"

Noch am Tag der Ministerpräsidentenkonferenz und nur ein paar Straßen weiter bittet der Zigarettenhersteller Reemtsma Prominente aus Politik, Medien, Show und Kultur zur ersten Preisverleihung des "Liberty-Award" ins Berliner Nobelhotel Hotel de Rome. In der Jury sitzen namhafte Medienvertreter, zum Beispiel Hartmann von der Tann (ARD), Helmut Markwort, Chefredakteur und Herausgeber des Focus, oder Dr. Hajo Schumacher, freier Journalist und Autor. Nur wenige schlagen die Einladung aus.

Die mit 15.000 Euro dotierte Auszeichnung soll Journalisten würdigen, die Außergewöhnliches für die Freiheit leisten. "Freiheit" führt auch die deutsche Tabaklobby seit Jahren immer dann ins



Hans Leyendecker

Feld, wenn mal wieder ein Rauchverbot diskutiert wurde. "Als die Offerte kam, war mir klar: Ich lasse mich da nicht nominieren", sagt Hans Leyendecker von der Süddeutschen Zeitung. "Überhaupt muss ein Journalist wissen, wohin er geht, von wem er sich einladen lässt, von wem er sich auch bezahlen lässt. Das ist egal, ob es ein Preis ist, eine Rede ist, eine Moderation ist. Ein Journalist lässt sich nicht kaufen, ein Journalist geht nicht zu solchen Veranstaltungen."

Tabakindustrie schafft sich Verbündete

Denn solche Treffen sind Tummelplatz für Lobbyisten. Regelmäßig bittet der Verband der Cigarettenindustrie (VDC) Politiker und Mitarbeiter aus den Ministerien zum "gepflegten" Meinungsaustausch: Etwa zur "Blauen Stunde" oder zu den "Spreegesprächen", Philip Morris lädt zum "Parlamentarischen Abend" ein oder British American Tobacco zu einer "Dialogveranstaltung". Erst kürzlich wurde der Bundestagsabgeordnete Joachim Poß vom Tabakforum zum "Pfeifenraucher des Jahres" gekürt. Die Laudatio hielt der SPD-Politiker Peter Struck, selbst Pfeifenraucher. Die Tabakindustrie schafft sich Verbündete für ihre Ziele. Mit Erfolg.



Peter Struck (SPD) ist leidenschaftlicher Pfeifenraucher.



Lothar Binding (SPD)

Über Monate kämpfte der SPD-Abgeordnete Lothar Binding für eine einheitliche Regelung, so wie es sie in den meisten europäischen Ländern bereits gibt. Er brachte das Gesetz zum Schutz der Nichtraucher auf den Weg. Doch sein Entwurf wurde in eine Arbeitsgruppe verwiesen und zerredet, worüber Frontal21 schon berichtete. Schließlich verschoben das Innen- und Justizministerium die Sache auf die Länderebene.

Bund ist nicht für Rauchverbot zuständig

Mit dem jetzigen Kompromiss, einem Rauchverbot mit Ausnahmen, will er sich nicht zufrieden geben: "Wir haben ja gemerkt, dass 130.000 Tote durch

Rauchen, dass 3000 Tote sogar durch Passivrauchen im Jahr zu verzeichnen sind. Und das macht natürlich deutlich, dass man im Gesundheitsschutz und im Arbeitsschutz unbedingt etwas tun muss. Es macht aber auch deutlich, dass man eine bundeseinheitliche Regelung braucht, denn der Gesundheitsschutz oder Arbeitsschutz kann ja nicht an der Ländergrenze plötzlich wechseln", so Binding.



Helmut Siekmann

Dagegen stellte ein vom BMI in Auftrag gegebenes Gutachten der Forschungsgesellschaft Gesundheit und Rauchen fest: In Bezug auf ein Rauchverbot in Gaststätten habe der Bund die Zuständigkeit verloren, als er mit der Föderalismusreform das Gaststättenrecht auf die Länder übertrug. Aber auch hinter solchen Formulierungen steckt offenbar ein Stück Lobbyarbeit, denn: "Der Vermerk des BMI stützt sich im wesentlichen auf Argumentationsfiguren, die aus einem Gutachten stammen, das im Auftrag der Tabakindustrie mittelbar erstellt worden ist", erklärt der Staatsrechtler Helmut Siegmann im Frontal21-Interview.

Umfassendes Rauchverbot ausgehebelt

So konnte ein umfassendes Rauchverbot ausgehebelt werden. Dass Deutschland sich dabei wieder einmal als föderaler Flickenteppich erweist, wird billigend in Kauf genommen. Die Streiter für den Nichtrauchererschutz sind enttäuscht. "Es ist natürlich sehr schlimm, wenn Ministerpräsidenten keine Rücksicht nehmen auf etwa drei Viertel der Bevölkerung, die meint, ein Rauchverbot in Gaststätten sei sinnvoll. Die keine Rücksicht nehmen auf wissenschaftliche Erkenntnisse und somit eigentlich an der Bevölkerung vorbeiregieren", beklagt Binding.

Bis zum Herbst muss nun jedes Bundesland ein eigenes Gesetz beschließen. Bei den Ausnahmen und ihrer Ausgestaltung wird die Tabaklobby wohl schon das eine oder andere Wörtchen mitreden.